



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/4 - 5. Januar 1956
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 16 31-33
Fernschreiber 039 890

Die Diskussion um die Entwicklung der Atomenergie .	S. 1
Neuordnung der österreichischen Sozialgesetzgebung	S. 3
Willi Eichler - 60 Jahre	S. 5

Europa und das Atom

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Das Atom-Problem hat in den verschiedenen Weihnachts- und Neujahrsbetrachtungen fast überall eine dominierende Rolle gespielt. Was für eine zentrale Bedeutung dieses Problem heute zukommt und wie gross die Gefahren eingeschätzt werden, die uns von der Atombombe drohen, geht allein daraus hervor, dass Papst Pius XII. für ein Verbot der Atomwaffen eintrat, obwohl er wissen musste, dass die kommunistische Propaganda sich dieser päpstlichen Forderung freudig bemächtigen würde. Indes sieht es vorläufig keineswegs so aus, als ob in absehbarer Zukunft eine internationale Einigung über ein Atomwaffen-Verbot zustande kommen könnte. Bescheidenerweise gehen Ost und West gerade den Punkte gerne aus dem Wege, über den man sich noch am ehesten einigen könnte: dem Verbot der Durchführung weiterer Atombomben-Experimente.

Uns Europäern bleibt da nicht viel anderes übrig, als immer wieder zu Vernunft und Besonnenheit zu mahnen. Gleichzeitig werden wir jedoch gezwungen, die Entwicklung auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Atomenergie ebenfalls mit allen unseren Kräften zu fördern, denn es droht uns auch hier eine Gefahr, der wir uns noch gar nicht richtig bewusst sind. Wie wir schon veröffentlichter Bericht der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) hervorhebt, befindet sich Europa in Sachen "Atomforschung für friedliche Zwecke" gegenüber Amerika gewaltig im Rückstand,

und dasselbe gilt zweifellos auch in bezug auf die Sowjetunion. Holt Europa innerhalb der nächsten Jahrzehnte - und das ist eine sehr kurze Periode für ein so gewaltiges und kostspieliges Unternehmen - den Rückstand gegenüber Amerika und der Sowjetunion nicht auf, so droht uns die Gefahr, noch weit stärker als bisher von diesen beiden dominierenden Mächten - oder zumindest von einer von ihnen - abhängig zu werden, als dies bisher schon der Fall war.

Nun ist es klar, dass die europäischen Staaten nicht einzeln vorgehen können, sondern sich zu einem gemeinsamen Vorgehen entschliessen müssen. Es gibt bereits derartige Pläne, aber das Unglück will es, dass diese bereits zueinander in Konkurrenz getreten sind, und zwar gibt es auch auf diesem Gebiete wiederum einen Kampf zwischen den "Supranationalen" und den "Organischen". Die Montanunionstaaten haben ein "Euratom"-Projekt ausgearbeitet, das nur mit dem exklusiven Klub der sechs Schumanplan-Länder rechnet und die Errichtung einer supranationalen Atom-Behörde plant.

Das Positive an diesem Plan wäre, dass die europäische Atomforschung für friedliche Zwecke tatsächlich von einer europäischen Zentralstelle aus geplant würde, was spekulative Privat-Unternehmen weitgehend verunmöglichen würde. Das Negative daran lehrt das bisherige Schicksal der Montan-Union, die weder Fisch noch Vogel ist und solange keine richtige Autorität besitzt, als sie nicht von einem repräsentativen europäischen Parlament kontrolliert und gestützt wird.

Der Konkurrenzplan zu "Euratom" ist nun soeben von der CECE vorgelegt worden. Er umfasst die 17 Mitgliedstaaten der CECE, verzichtet auf die Errichtung supranationaler Behörden und sieht lediglich die Bildung einer Anzahl organischer europäischer Gremien vor. So soll ein europäisches Direktorium für Kernenergie geschaffen werden, das die Programme der einzelnen Länder zu prüfen und zu koordinieren hat. Ein europäisches Kontrollamt soll für die nötigen Sicherheitsvorkehrungen verantwortlich sein. Schliesslich sollen eigentliche Gesellschaften gegründet werden, die öffentlicher oder privater Natur sein können. Diese sollen z.B. Werke für Isotopen-spaltung, Fabriken zur Gewinnung von sog. "schwarzem Wasser" usw. bauen.

Die Vorteile dieses Planes sind, dass er nicht nur 6 sondern 17 Staaten umfasst, und dass er vor allen effektive Sicherheits- und Kontrollmassnahmen gegen die Verwendung der Forschungsergebnisse für militärische Zwecke vorsieht. Die Nachteile liegen darin, dass man auf eine straffere Planung verzichtet und den einzelnen Staaten oder Privaten soviel Spielraum lässt, dass kleinere oder ärmere Länder leicht von den grösseren und reicheren erdrückt werden könnten. Ob ein Kompromiss zwischen diesen beiden Plänen möglich sein wird, wird sich wohl schon bald herausstellen, da beide Pläne demnächst Gegenstand von Beratungen auf ministerieller Ebene sein werden. Nichts jedoch wäre bedenklicher als der Beginn eines Konkurrenzkampfes zwischen den beiden Plänen, und leider spricht schon heute einiges dafür, dass eine solche Entwicklung nicht ausgeschlossen ist.

"Pensionsanstalt der Arbeiter"

Im Hinblick auf die Pläne für eine umfassende Sozialreform in der Bundesrepublik wird ein Artikel aus der "Arbeiterzeitung", dem Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs, über das am 1. Januar 1956 in Kraft getretene Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) interessieren, den wir im Auszug wiedergeben. (Die Red.)

Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz fasst die unübersichtlich gewordenen komplizierten Bestimmungen der Österreichischen Sozialgesetzgebung, übersichtlich und neu geordnet, in einem einzigen grossen Gesetz zusammen. Die Namensänderung der Arbeiterrentenanstalt ist zugleich symbolisch für den Weg, der mit dem Inkrafttreten des ASVG abgeschlossen wurde. Aus der Rente, aus der notdürftigen Altersversorgung, um die wir Sozialisten schon in der Frühzeit der Arbeiterbewegung gekämpft haben, damit "unsere Greise nicht mehr betteln gehen", ist allmählich die Arbeiterpension, der gesicherte, menschenwürdige Lebensabend der Arbeiter geworden - und soll die Volkspension für alle Österreicher werden!

Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz enthält vor allem die wichtige Bestimmung der Anrechnung eines grossen Teiles der Beschäftigungszeit vor dem 1. Jänner 1939 für die Arbeiter und die begünstigte Anrechnung nichtversicherter Zeiten bei den Angestellten. Das bedeutet in der Auswirkung auf die Pensionshöhe praktisch ungefähr die Angleichung der Arbeiter- und Angestelltenpension in der Privatwirtschaft an die des öffentlichen Dienstes. Endlich erhalten auch die Arbeiter bei 50 %iger Arbeitsunfähigkeit die Invalidenrente, eine Begünstigung, die bisher nur den Angestellten zuteil wurde. Die 13. Monatsrente, die im Jahre 1954 als einmalige Sonderzulage gewährt wurde, wird nunmehr regelmässig jedes Jahr gegeben.

Das ASVG bringt auch eine Reihe wichtiger Verbesserungen bei den Witwen- und Waisenrenten. Witwen, die wieder heiraten, werden in Zukunft eine Abfindung ihrer Rente für fünf Jahre bekommen und haben erneut Anspruch auf diese Witwenrente, wenn die 2. Ehe durch Tod oder Scheidung aufgelöst wird.

Den mehr als 40-jährigen Witwen, die erfahrungsgemäss sehr schwer eine Arbeit erhalten, und jenen Witwen, die für Kinder zu sorgen haben, gewährt das ASVG Mindestrenten, die ihnen ihr

leidvolles Schicksal lindern helfen sollen. Waisenrenten werden, wenn Bedürftigkeit besteht oder die Kinder studieren, in Zukunft auch nach dem 18. Lebensjahr weitergezahlt werden; wenn die Kinder die Hochschule besuchen, kann die Waisenrente bis zum 24. Lebensjahr gewährt werden.

Das nun in Kraft getretene Allgemeine Sozialversicherungsgesetz bringt aber auch den noch im Berufsleben stehenden Arbeitern und Angestellten bedeutende soziale Fortschritte, deren wichtigste sich auf die Krankenversicherung beziehen. Hier ist die bemerkenswerteste Neuerung wohl das Recht auf freie Arztwahl. Den Krankenversicherten ist es nun im Grossen und Ganzen freigestellt, einen Vertragsarzt, ein Ambulatorium oder einen nicht zum Kreis der Vertragsärzte gehörenden Arzt in Anspruch zu nehmen; die Krankenversicherung wird in Zukunft unter bestimmter Voraussetzungen auch die Kosten für die Inanspruchnahme eines solchen Arztes vergüten. Für Krankenversicherte, die längere Zeit arbeitsunfähig sind, wird ein höheres Krankengeld gezahlt werden. Vom 43. Tage der Arbeitsunfähigkeit an wird das Krankengeld nun statt bisher 50 % 60 % des Lohnes oder Gehaltes betragen.

Das neue Gesetz kommt auch Berufsgruppen zugute, die bisher von der Sozialversicherung ausgeschlossen waren: Kindern, die - vor allem in der Landwirtschaft und im Gewerbe - im elterlichen Betrieb beschäftigt sind, Gastärzten in den Spitälern, Rechtspraktikanten beim Gericht, Selbständigen bildenden Künstlern und anderen. Das Kernstück des Gesetzes ist aber das neue Pensionsrecht der Arbeiter und Angestellten, das wohl als die Krönung der österreichischen Sozialgesetzgebung betrachtet werden kann.

Das ist eine wahrhaft historische Tat: jetzt wird in Österreich niemand mehr, weil er nicht mehr arbeiten kann, frieren und hungern müssen, jetzt werden alle, die ein Leben der Arbeit hinter sich haben, die Hände beruhigt in den Schooss legen können.

Das grosse Sozialgesetz, von den Sozialisten erkämpft, ist in Kraft getreten. Sehnsucht und Wunsch vieler Arbeitergenerationen sind Wirklichkeit geworden.

Kämpfer für die Gerechtigkeit

Willi Eichler zum 60. Geburtstag

sp. Vita contemplativa und vita activa, betrachtende und tätige Lebensweise, scheinen einander auszuschliessen. Umso seltener ist das Ereignis, dass sie in e i n e m Menschen als Möglichkeit angelegt sind und auch zur Entfaltung kommen. Willi Eichler, Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der am 7. Januar sein 60. Lebensjahr vollendet, verkörpert in sich die Synthese zweier auf den ersten Blick gegensätzlicher Lebenshaltungen. Für ihn war und ist theoretisches Bemühen niemals welt- und lebensferne Beschaulichkeit, sondern der Versuch, feste Maßstäbe für die Bewältigung der praktischen Aufgaben zu gewinnen, sein politisches Wirken niemals steuer- und kompassloser Pragmatismus, sondern stets Kampf um die Verwirklichung letzter sittlicher Postulate.

Der Lebensweg des 1896 in Berlin Geborenen spiegelt ein gutes Stück Schicksal jener Generation wider, die aus dem ersten Weltkrieg mit der Einsicht zurückkam, dass eine neue Gesellschaftsordnung aufgebaut werden müsse, um eine zweite Weltkatastrophe zu verhindern. Als Schüler des Göttinger Philosophen Leonard Nelson lernte Willi Eichler den blinden Glauben an einen mit Notwendigkeit vorgezeichneten Gang der Geschichte überwinden. Dass Freiheit und Gerechtigkeit sich nicht gleichsam von selber in der Geschichte entfalten, sondern dass es Aufgabe der Menschen ist, ^{sie} täglich aufs neue zu erobern, wurde für ihn zum Leitstern seines Handelns.

Frühzeitig erkannte er die inneren Schwächen der Weimarer Republik und wurde nicht müde, die Mächte zu entlarven, denen sie schliesslich erlegen ist. Der bittere Gang ins Exil blieb auch ihm nicht erspart. Als er zurückkam, brachten ihn sein klares Urteilsvermögen, seine fast unerschöpfliche Arbeitskraft bald in die vorderste Reihe der sozialdemokratischen Politiker. Chefredakteur der "Rheinischen Zeitung" in Köln, Vorsitzender des Bezirks Mittelrhein und Mitglied des Parteivorstandes der SPD, Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtages, des Frankfurter Wirtschaftsrates und des ersten Deutschen Bundestages, das waren die Stationen auf einer Wege, der ihn schliesslich kraft des Mandates des Dortmunder Parteitag

SPD-Pressedienst

P/XI/4

- 6 -

5.1.1956

der SPD in den engsten Vorstand der Partei führte. Neben der Kulturpolitik und der Bildungsarbeit ist das Ringen um neue geistige Grundlagen für den demokratischen Sozialismus sein Hauptanliegen. Er war an der Formulierung der Frankfurter Prinzipien-Erklärung der Sozialistischen Internationale vom Jahre 1951 massgebend beteiligt, das Dortmunder Aktionsprogramm und die erweiterte Berliner Fassung tragen vor allem die Züge seiner Handschrift. Seine grosse Rede auf dem Berliner Parteitag der SPD 1954 zählt zu den klassischen Zeugnissen der Programmgeschichte der SPD. Dass die deutsche Sozialdemokratie über die Enge alter und einseitiger weltanschaulicher Positionen hinaus zu einer Gemeinschaft geworden ist, die die Bindung an ethnische Postulate mit der Freiheit der weltanschaulichen und religiösen Überzeugung vereint, ist nicht zuletzt sein Verdienst.

Die vielen Wünsche, die ihm an seinem 60. Geburtstag entgegengebracht werden, sind Zeugnis des Dankes für ein reiches Werk, dessen Erfüllung noch vor uns liegt. Denn Willi Eichler erkannte von vornherein, dass mit der Verabschiedung von Aktionsprogrammen das Bemühen um eine geistige Erneuerung des demokratischen Sozialismus nicht beendet sein konnte. So steht heute im Mittelpunkt seines Wirkens die Arbeit an einem Grundsatzprogramm für die deutsche Sozialdemokratie. Dieses Werk geistiger Neubesinnung, das schon heute mit dem Namen Willi Eichler untrennbar verbunden ist, wird über die Grenzen Deutschlands hinaus auch im europäischen Sozialismus neue Impulse erwecken.

+ + +

Verantwortlich: Peter Rauman